

Eröffnungsrede zur Bleiberecht-Demonstration am 22.04.2006

von Christian Hendrichs, 1. Vorsitzender des Hess. Flüchtlingsrats (hfr)

Liebe Freunde, Liebe Asylbewerber,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich grüße ausdrücklich auch die Asylbewerber, die heute nicht kommen konnten, weil sie – wir z. B. in Marburg – keine Befreiung von ihrer Residenzpflicht bekommen haben.

Der hessische Flüchtlingsrat hat die Initiative zu dieser Demonstration ergriffen und ich freue mich, dass so viele gekommen sind. Gekommen sind um deutlich zu machen: Wir brauchen eine Bleiberechtsregelung für lange hier lebende Asylbewerber.

- Wir brauchen diese Regelung natürlich zuerst und vor allem für die Betroffenen, für Menschen, die teils über 10 Jahre, teils ihr ganzes Leben hier gelebt haben. Für die es in ihren Herkunftsländern keine lebenswürdige Perspektive gibt.
- Wir brauchen diese Bleiberechtsregelung aber auch für dieses Land, das eingegangene Internationale Verträge auch erfüllen muss, um anerkanntes Mitglied der Staatengemeinschaft zu bleiben. Das ein Grundgesetz besitzt, das schon zu oft verändert wurde und wesentlicher demokratischer Aussagen beraubt wurde.
- Wir brauchen diese Bleiberechtsregelung aber auch für uns. In den letzten Jahren zeigte sich immer wieder, dass Regelungen gegenüber Asylbewerbern in das innerdeutsche Rechtswesen übernommen wurden. Lebensmittelgutscheine finden sich bei Hartz 4 wieder, Verweigerung des Rechts auf Ehe auch Scheinehe genannt findet jetzt auch in deutsch-deutsche Liebesbeziehungen Einzug, wenn es z. B. um den Erwerb von Rentenansprüchen geht.

So ist die Frage, ob dieses Land endlich zu einer angemessenen Bleiberechtsregelung kommt – also eine Regelung, die dafür sorgt, dass viele Menschen bleiben können – So ist dies auch eine Frage, wie wir als ganze Gesellschaft mit Werten wie Verantwortung, Solidarität und Menschlichkeit umgehen wollen. Wir haben ja zur Zeit eine Bundeskanzlerin, die sich die Förderung von Werten auf die Fahnen geschrieben hat. Die aber mit allen Tricks versucht, ein faktisches Asylrecht in diesem Land unmöglich zu machen. Dabei wissen wir nicht erst seit Rosa Luxemburg: Freiheit ist immer die Freiheit der anderen und Menschlichkeit zeigt sich immer im Umgang mit anderen, mit Fremden.

Wir erleben seit Wochen in diesem Land eine hysterische Debatte über mangelnden Integrationswillen und über Parallelgesellschaften. Wir erleben täglich bei Abschiebungen, dass die Frage der Integration überhaupt keine Rolle spielt. Viele Beispiele dazu wurden heute schon vorgestellt. es wird in der Politik zynisch formuliert: Asylbewerber integrieren sich gerade, um sich der angeblich rechtmäßigen Abschiebung zu entziehen. Ja, die Diskussion ist noch verlogener. Denn viele Gesetze – z. B. die Vorrangigkeitsprüfung bei der Erteilung von Arbeits-erlaubnissen, das Arbeitsverbot für ganze Gruppen von Asylbewerbern, die

Residenzpflicht – all dies sind gezielte Maßnahmen, um eine Integration zu verhindern. Und so scheint mir, dass die Integrationsunwilligen in diesem Land diejenigen sind, die mit illegalen Schwarzgeldern Kampagnen gegen die doppelte Staatsangehörigkeit anzetteln, dass die Integrationsunwilligen diejenigen sind, die einen Mordversuch wie jetzt in Potsdam verharmlosen und klein reden wollen. Die Schläger und Mörder der rechtsradikalen Jugendszene erscheinen da nur als Handlanger dieser Politik.

Ein anderes immer wieder genanntes Horrorwort sind Parallelgesellschaften. Und damit sind nicht die Lobbyvereine der Wirtschaft gemeint, die Gesetze beeinflussen wollen parallel zu den demokratisch gewählten Abgeordneten. Damit sind nicht die elitären Zirkel der Reichen und Mächtigen dieses Landes gemeint, die sich durch Bodyguards und Preisgestaltung von der Lebenswelt der meisten Menschen dieses Landes abgrenzen. Dies sind die Parallelgesellschaften, die mir Sorge bereiten. Denn sie wollen unsere Demokratie von innen aushöhlen. Nein das politische Horrorszenario der Parallelgesellschaften greift uns alle an, greift uns an, weil es das Recht auf eigenständige Lebensgestaltung abschaffen soll. Ja weil es einen wesentlichen Grundpfeiler einer offenen Gesellschaft abschaffen soll.

Doch zurück zum Bleiberecht. Die Innenministerkonferenz berät in den nächsten Tagen und Wochen zum wiederholten Mal über eine solche Regelung. Und sie werden wieder rechnen, mit welchen Einschränkungen die Zahl der Betroffenen fast auf Null schrumpfen kann. Sie werden rechnen, was eine Bleiberechtsregelung dieses Land nach ihren Berechnungen kosten wird, kosten wird. Und sie werden Abwägen, mit welcher Formulierung und Namensgebung sie sich als demokratische, menschenfreundliche Politiker darstellen können. Das hessische Innenministerium hat vor der letzten IMK mit einem Vorschlag für eine Bleiberechtsregelung für aufsehen gesorgt. Es war ein Schritt in die richtige Richtung. Aber der Schritt war so klein, dass man ihn bei dem langen Weg der vor uns liegt, kaum wahr nimmt. Ca. 200 000 Menschen leben in diesem Land länger als 2 Jahre mit Duldung. Dazu kommen 10 000ende Menschen, die illegalisiert wurden. Es geht um weitere 100 000ende Menschen, die in befristeten Aufenthaltsrechtsregelungen leben.

Und ich verstehe wahrlich nicht, warum dies so schwer sein soll. Denn seit Jahren gibt es eine gute und funktionierende Bleiberechtsregelung :

In wenigen Wochen werden die Fußballweltmeisterschaften in diesem land ausgetragen. Und genau der Deutsche Fußballbund hat eine klare, leicht übertragbare Bleiberechtsregelung. Demnach ist Deutscher (dort heißt es Fußballdeutscher) wer in den letzten 5 Jahren drei Jahre in Deutschland Fußball gespielt hat. Und noch ein interessanter Aspekt steckt in der Regelung: Sie gilt gerade für Personen, die kein Geld mit dem Fußballspielen verdient haben. So einfach kann dass sein. So einfach muss es sein.

Deshalb nochmals deutlich: Schluss mit den System verordneter Verantwortungslosigkeit. Mit diesem System in dem jeder nur seine Pflicht tut: Der Arzt, der die Reisefähigkeit bescheinigt, die Abschiebebehörde, die Gesetze vollzieht, die BGS-Beamten die im Flugzeug knebeln. Und alles nur, damit Menschen abgeschoben werden, die hier leben. Seit Jahren. Deshalb:

Ruck zuck, es ist nicht schwer. Das Bleiberecht muss endlich her.